

# Vergleichende Politikwissenschaft: Analyse und Vergleich politischer Systeme

Hans-Joachim Lauth/Christoph Wagner

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

---

Die Vergleichende Politikwissenschaft ist eines der zentralen Felder der Politikwissenschaft und wird mitunter als Königsweg der Disziplin bezeichnet. Dies hängt zum einen von der Relevanz der damit gegebenen empirischen Untersuchungsfelder ab und beruht zum anderen auf der ihr zugrunde liegenden komparativen Methoden, die der Vergleichenden Politikwissenschaft eine empirisch fundierte theoretische Ausrichtung ermöglichen. Beides zusammen – der politikwissenschaftlich relevante Untersuchungsgegenstand und die komparative Methode – verleihen der Vergleichenden Politikwissenschaft ihr charakteristisches Profil.

Zielsetzungen des  
Vergleichs

Es ergeben sich zahlreiche Forschungsfragen, die sich anhand unterschiedlicher Zielsetzungen des Vergleichs gliedern lassen. So gehört die Frage „Was unterscheidet ein präsidentielles Regierungssystem wie das der USA von einem parlamentarischen System wie dem der Bundesrepublik Deutschland?“ zur Zielsetzung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede festzustellen. Erhöhen wir die Fallzahl des Vergleichs, so lassen sich generelle Merkmale und Besonderheiten feststellen. Auf diese Weise lässt sich feststellen, ob es beispielsweise eine deutsche Besonderheit ist, dass ein Verfassungsgericht vom Parlament verabschiedete Gesetze für ungültig erklären kann. Eine dritte Zielsetzung richtet sich auf die Vor- und Nachteile von institutionellen Designs oder Policy-Strategien: Welche Vor- und Nachteile hat das Mehrheitswahlrecht, welche das Verhältniswahlrecht? Welche Effekte hat eine neoliberal bzw. sozialstaatlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik auf die Arbeitsmarktentwicklung? Bei solchen und ähnlichen Fragestellungen ist zu beachten, dass sich das Verständnis von Vor- und Nachteilen nicht von allein aus dem Vergleich ergibt, sondern von außen an den Vergleich herangetragen wird. So kann sich die Untersuchung des Wahlrechts auf Partizipationsmöglichkeiten,

---

<sup>1</sup> Der Beitrag greift in einigen Passagen auf den gleichnamigen Artikel in den früheren Auflagen des Bandes von Peter Birle und Christoph Wagner zurück.

Stabilität der Regierung oder Gleichheit der Wahlstimme beziehen. Eine weitere Zielsetzung des Vergleichs ist die Prüfung von Hypothesen und damit von theoretischen Zusammenhängen. Z. B. kann bei der Frage „Können Demokratien die sozioökonomische Entwicklung eines Landes schneller vorantreiben als Diktaturen?“ die zu testende Hypothese lauten: Je demokratischer ein Regime, desto höher ist das Wirtschaftswachstum. Doch nicht nur das Testen von Hypothesen kann anvisiert werden, sondern auch die Erstellung von neuen Hypothesen und der Nachweis von entsprechenden kausalen Zusammenhängen, beispielsweise wenn wir folgenden Fragen nachgehen: Unter welchen Bedingungen existieren die größten Chancen, autokratische Herrschaftssysteme ins Wanken zu bringen? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein demokratisches politisches System auf Dauer stabil bleibt?

Wenn wir die verschiedenen Zielaspekte bündeln, dann lassen sich zwei Ziele benennen: Es geht darum a) Kenntnisse über empirische Sachverhalte zu erwerben, zu erweitern und zu vertiefen sowie b) Theorien zu erzeugen und zu überprüfen. Letzteres formuliert zugleich den Fokus der komparativen politikwissenschaftlichen Forschung. Auf der Grundlage der mit den verschiedenen Zielsetzungen erzielten Ergebnisse vermag die Vergleichende Politikwissenschaft dann auch praktisch verwertbare Impulse für die Politikberatung zu liefern.

Der Gegenstandsbereich der Vergleichenden Politikwissenschaft lässt sich räumlich (lokal, regional, national, supranational) und funktional in der Untersuchung von politischen Strukturen (*polity*), Prozessen (*politics*) und Inhalten (*policy*) gliedern. Eine entsprechende Systematisierung und Präzisierung findet sich in Abb. 1.

Der vorliegende Beitrag gliedert sich in vier Abschnitte: Zunächst werden nach einem Rückblick auf die historische Entwicklung der Teildisziplin grundlegende Kategorien und Forschungsfragen behandelt. Es folgen Anmerkungen zur komparativen Methodik, zur Area-Forschung und zum Forschungsverlauf. Anschließend wird ein Blick auf zentrale Forschungsgebiete (Schwerpunkte) und Konzepte geworfen, bevor abschließend Stand (Leistungen und Probleme) und Perspektiven der Vergleichenden Politikwissenschaft erörtert werden.

Hauptziele:  
Kenntniserweiterung und  
Theoriebildung

Gegenstandsbereich der  
Vergleichenden  
Politikwissenschaft

Gliederung des  
Beitrages

	<b>Polity</b>	<b>Politics</b>	<b>Policy</b>
<b>Erkenntnisinteresse</b>	Ausprägung politischer Strukturen	Ausgestaltung politischer Prozesse	Inhalte von Politik
<b>Ausrichtung</b>	Institutionenorientiert	<i>Inputorientiert</i>	<i>Outputorientiert</i>
<b>Erscheinungsformen</b>	Verfassungen, Gesetze, Normen, formale und informelle „Spielregeln“	Einstellungen, Interessen, Verhalten, Konflikte, Handlungspotentiale, Entscheidungsfindung und –durchsetzung	Ziele, Aufgaben und Ergebnisse der Politik, Einflussfaktoren auf Politikfelder, Tun und Lassen von Regierungen und anderen Akteuren, politische Steuerung
<b>Untersuchungsgegenstände</b>	Verfassungsrecht, Staats- und Herrschaftsformen, Regime, Regierungssysteme formale und informelle Institutionen	Parteien, Interessengruppen, Verbände, Wahlen, politische Kultur, politische Prozesse, Zivilgesellschaft, Medien	Politikfelder (z. B. Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik); Gender, Staatstätigkeit

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abb. 1: Gegenstand der Vergleichenden Politikwissenschaft

## 2. Historische Entwicklung, grundlegende Kategorien und Forschungsfragen

### 2.1 Vergleichsansätze in historischer Perspektive

comparative government/  
Vergleichende  
Regierungslehre  
Typologie von  
Regierungssystemen nach  
Aristoteles

#### *Vergleichende Regierungslehre*

Vergleiche haben in der Politikwissenschaft eine lange Tradition. Bereits der griechische Philosoph Aristoteles (384-322 v. Chr.) untersuchte 158 Verfassungen seiner Zeit und erstellte auf dieser Grundlage eine Typologie von Regierungssystemen. Ausgehend von der Anzahl der Machträger und der Nutzenorientierung staatlichen Handelns unterschied er zwischen drei *guten* bzw. *le-*

*gitimen* (Monarchie, Aristokratie, Politie) und drei *schlechten* bzw. *illegitimen* (Tyrannei, Oligarchie und Ochlokratie bzw. Demokratie) Herrschaftsformen (vgl. auch Abb. 2 in Kap. 2.2). Mit dem Zerfall der griechischen Polis- und der römischen Republik erlosch allerdings für lange Zeit das Interesse am wissenschaftlichen Vergleich von Herrschaftsformen. Erst mit der allmählichen Säkularisierung des politischen Denkens im Zuge der Renaissance und mit dem Verblässen der Reichsidee erlebte es einen neuen Aufschwung.

Der Florentiner Machiavelli (1469-1527) untersuchte in seinem Hauptwerk „Der Fürst“ unter Rückgriff auf antike Staatsformenlehren die Verfassungsformen seiner Zeit. Er wollte die politische Theorie von ethisch-religiösen Überlegungen lösen und leitete aus der Untersuchung von Herrschaftsformen konkrete politische Handlungsanweisungen ab. Im Vordergrund stand dabei die Frage, wie ein Herrscher politische Macht gewinnen und bewahren kann. Im Zuge der Herausbildung der modernen Nationalstaaten und des Aufkommens des Konstitutionalismus vom 16. bis zum 18. Jahrhundert (in Deutschland erst im 19. Jahrhundert) setzte sich langsam die Auffassung durch, dass die Macht des Monarchen durch eine Verfassung begrenzt und durch ein Parlament in Schranken gehalten werden sollte. Dadurch entwickelte sich auch ein Staats- und Verfassungsrecht, das zur Grundlage vergleichender Betrachtungsweisen wurde. Der französische Staatstheoretiker Montesquieu (1689-1755) legte mit seiner Lehre von der Gewaltentrennung in seinem Hauptwerk „Vom Geist der Gesetze“ (1748) den Grundstein für viele spätere Diskussionen. Wichtige Impulse gingen im 19. Jahrhundert von Alexis de Tocquevilles Werk „Über die Demokratie in Amerika“ aus, in dem er amerikanische Demokratie-Erfahrungen mit den Entwicklungen in Europa verglich.

Die „modernen Klassiker“ der Vergleichenden Regierungslehre (engl.: *comparative government*) knüpften an dieses Gedankengut an. Wissenschaftler wie Carl Joachim Friedrich, Herman Finer und Karl Loewenstein entwickelten detaillierte Verfassungslehren, in denen sie „die tatsächliche Praxis und die wirkliche Dynamik der Verfassung im modernen – und ebenso im geschichtlichen – Staat“ (Loewenstein 1959: IV) untersuchten. In modernen Begriffen heißt das: Sie interessierten sich für die verfassungsmäßige Ordnung der westlichen Demokratien sowie für das Spannungsverhältnis zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit.<sup>2</sup> Im

Herrschaftsbildung und -sicherung nach Machiavelli

Gewaltentrennung nach Montesquieu

Tocqueville und die Demokratie in Amerika

Moderne Klassiker

<sup>2</sup> Loewenstein (1957/1959) beispielsweise unterscheidet zwischen zwei autokratischen (autoritäre Regime, totalitäre Regime) und sechs konstitutionell-demo-

deutschen Sprachraum gehört die frühe Arbeit Klaus von Beymes (1970) über „Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa“ zu den Standardwerken der Vergleichenden Regierungslehre, allerdings bildet dieses Werk aufgrund seiner systematisch orientierten Herangehensweise bereits eine Brücke zu neueren Formen des Vergleichs im Sinne von *comparative politics*. Zu den modernen Klassikern sind auch die Arbeiten von Arendt und Friedrich/Brzezinski über *totalitäre Herrschaftsformen* zu rechnen.

Vergleichenden Politische Systemforschung	<p><i>Von der Vergleichenden Regierungslehre zur Vergleichenden Politischen Systemforschung</i></p> <p>In den 1950er Jahren erfolgte ein Bruch mit der überkommenen Form des Vergleichs im Sinne von <i>comparative government</i>. Drei Impulse waren für diese Entwicklung, die in erster Linie von US-amerikanischen Wissenschaftlern ausging, wesentlich:</p>
Verändertes Forschungsinteresse	<p>a) <i>Ein verändertes Forschungsinteresse</i>: Bisher hatte sich die vergleichende Forschung weitgehend auf die westlichen Demokratien beschränkt. Der Beginn des Kalten Krieges und der Entkolonialisierungsprozess in den 1960er Jahren schufen eine neue internationale Situation. Je mehr sich die USA weltpolitisch engagierten, desto dringender wurde ihr Bedarf an grundlegenden Informationen über die politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten in Ländern, denen bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden war.<sup>3</sup></p>
Kritik an der Vergleichenden Regierungslehre	<p>b) <i>Kritik an der Vergleichenden Regierungslehre als comparative government</i>: Zentrale Einwände lauteten (Macridis 1955: 7-12): Erstens seien die „vergleichenden“ Studien nicht wirklich komparativ, sondern in der Regel monografisch angelegt. Zweitens erfolge die Darstellung fremder Regierungssysteme zu deskriptiv und unsystematisch. Man beschränke sich weitgehend auf die historischen und (verfassungs-) rechtlichen Aspekte politischer Institutionen und Prozesse, statt konzeptionelle Kategorien auszuarbeiten, die den systematischen Vergleich von Einzelbeobachtungen</p>

---

kratischen Regierungstypen (unmittelbare Demokratie, Versammlungs-Regierung, parlamentarische Regierung, Kabinettsregierung, Präzidentalismus, Direktorialregierung), um sich dann detailliert mit horizontalen und vertikalen Elementen der Gewaltenteilung in verschiedenen Typen demokratischer Regierungsformen auseinanderzusetzen.

<sup>3</sup> Bereits während des Zweiten Weltkrieges stellte die US-Regierung großzügige Forschungsetats für die empirische Untersuchung fremder Länder und Kulturen zur Verfügung. Dabei entstanden interdisziplinär angelegte *area-studies* (vgl. auch Kap. 3.2), an denen neben Ethnologen und Soziologen auch Politikwissenschaftler beteiligt waren.

und die Entwicklung allgemeiner Hypothesen ermöglichen würden. Drittens sei das Forschungsinteresse geographisch zu sehr auf Westeuropa und thematisch fast ausschließlich auf politisch-institutionelle Faktoren beschränkt; soziale, ökonomische und kulturelle Variablen berücksichtige man dagegen kaum. Viertens seien die meisten Vergleiche zu statisch angelegt und ignorierten dynamische Elemente des politischen Wandels.

c) *Behavioralismus und Systemtheorie*: Seit den 1950er Jahren setzte sich in den USA nach und nach eine an behavioralistischen (erfahrungswissenschaftlichen) Methoden und Forschungstechniken orientierte Wissenschaftsauffassung durch, deren wichtigstes Ziel es war, politische Phänomene durch die Beobachtung und theoriegeleitete Verarbeitung menschlichen Verhaltens beschreiben, erklären und voraussagen zu können. Auf die Politikwissenschaft übertragen bedeutete dies, dass nicht mehr untersucht werden sollte, welche politischen Institutionen und Verfahrensweisen die Verfassung eines Landes vorsieht und inwieweit diese der politischen Wirklichkeit entsprechen, sondern wie sich Individuen und Gruppen in und gegenüber diesen Institutionen verhalten.

Behavioralismus  
und Systemtheorie

Gleichzeitig avancierte der *Systembegriff* zu einer zentralen Analysekategorie. Nachdem aufgrund der zunehmenden Arbeitsteilung und der wachsenden Ausdifferenzierung der Sozial- und Politikwissenschaft die Kommunikation zwischen den einzelnen Disziplinen schwieriger geworden war, sollte die „Allgemeine Systemtheorie“ dieser Tendenz entgegenwirken. Diese offerierte allgemeine Kategorien und Schemata, mit deren Hilfe sich die in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen beobachteten Gegebenheiten ordnen ließen. Eingang in die Vergleichende Politikwissenschaft fand systemtheoretisches und behavioralistisches Gedankengut insbesondere durch die Arbeiten von Gabriel Almond. Dieser entwickelte unter Rückgriff auf Arbeiten von Easton und Parsons ein allgemeines Vergleichsmodell, das einem weniger westlich geprägten Verständnis von Politik entsprechen und der politischen Realität aller Staaten weltweit angemessen sein sollte. Die 1960 erschienene Studie *The Politics of the Developing Areas* (Almond/Coleman 1960) wurde zu einem Standardwerk der Disziplin. Wichtigstes Ziel Almonds war es, einen Analyse-rahmen zu entwerfen, der vergleichende Studien aller politischen Systeme ermöglichen und damit die Beschränkungen der Vergleichenden Regierungslehre überwinden sollte (zu weiteren Erläuterungen vgl. Kap. 2.2). Dies schlug sich auch in einer neuen Begrifflichkeit nieder. Statt von *comparative government* war jetzt

Politisches System  
als Analyse-  
kategorie

comparative politics/  
Vergleichende  
Politikwissenschaft

von *comparative politics* die Rede, was im Deutschen heute meist mit Vergleichende Politikwissenschaft übersetzt wird.<sup>4</sup>

Kritik am  
struktur-funktiona-  
len Systemmodell

*Von der Politischen Systemtheorie zum Neo-Institutionalismus*  
Kritik am struktur-funktionalen Systemmodell blieb nicht aus. Bemängelt wurde die zu einseitige Konzentration von Konzepten und empirischen Arbeiten auf die *Input*-Seite des politischen Systems sowie auf den Wandel von politischen Institutionen. Dass umgekehrt auch die politischen Institutionen ihre Umwelt beeinflussen können (d. h. als unabhängige Variable betrachtet werden können), geriet dagegen phasenweise fast in Vergessenheit. Zudem blieben trotz der erklärten Absicht, ein allgemein gültiges Kriterienraster zu entwickeln, die Überlegungen Almonds dem eigenen politischen System, also den politischen Verhältnissen in den USA verhaftet. Obwohl er ausdrücklich auf die Multifunktionalität politischer Strukturen hingewiesen hatte, verbanden Forscher eben doch mit der Funktion Interessenartikulation in der Regel die Verbände, mit der Funktion Interessenaggregation die politischen Parteien und mit den *Output*-Strukturen die Institutionen Legislative, Exekutive und Judikative. Auch die analytische Trennschärfe zwischen Begriffen wie *Struktur* und *Institution* oder *Staat* und *politisches System* ließ zu wünschen übrig.

Almond und Powell reagierten auf die Kritik in späteren Arbeiten mit einer Ausdifferenzierung ihrer Modellvorstellungen, wobei sie insbesondere die *Output*-Komponenten des politischen Systems genauer betrachteten und zwischen vier Typen von *Steuerungsanstrengungen* und *-leistungen* unterschieden (Almond et al. 2009): *extractive*, *distributive*, *regulative* und *symbolic performances*. Der Begriff *extractive performance* bezieht sich darauf, mit welchen Mitteln (z. B. Steuern, Wehrpflicht) sich ein politisches System die finanziellen, personellen und sachlichen Ressourcen verschafft, die es für die Erfüllung seiner Funktionen

<sup>4</sup> Das struktur-funktionale Systemmodell von Almond/Powell erlangte in der Vergleichenden Politikwissenschaft große Bedeutung. Die Arbeiten Almonds und seiner Kollegen im 1954 unter seinem Vorsitz gegründeten *Committee on Comparative Politics* (CCP) des *Social Science Research Councils* gaben neben Anstößen für die theoretische und konzeptionelle Weiterentwicklung der Vergleichenden Politikwissenschaft auch zahlreiche Impulse für die Anfertigung empirischer Forschungsarbeiten. Im Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses standen zunächst die Entwicklungsländer, die zuvor meist in einer Kategorie „autoritäre Regierungssysteme“ zusammengefasst und in der weiteren Betrachtung vernachlässigt worden waren. Viele Forscher thematisierten die Bedeutung sozialer, kultureller und ökonomischer Faktoren für Prozesse des politischen und gesellschaftlichen Wandels.

benötigt. *Distributive performance* bezeichnet die Art und Weise, wie Güter und Dienstleistungen in einer Gesellschaft verteilt werden und welche gesellschaftlichen Gruppen davon profitieren bzw. davon negativ betroffen sind (z. B. Sozialgesetzgebung). *Regulative performance* meint die Reichweite des staatlichen Gestaltungsanspruches gegenüber der Gesellschaft sowie die Anreiz- und/oder Zwangsmaßnahmen, die zur Durchsetzung dieses Anspruches eingesetzt werden (z. B. der Grad bürgerlicher Freiheitsrechte in einer Gesellschaft). Als *symbolic performance* werden diejenigen identitätsstiftenden äußeren Formen bezeichnet, die eingesetzt werden, um die Integrationskapazität des politischen Systems zu steigern (z. B. politische Reden, militärische Zeremonien, Flaggen).

Ausdifferenzierung  
des Systemmodells

Mit einer weiteren Modifikation des Systemmodells wurde berücksichtigt, dass die von einer Regierung getroffenen Entscheidungen nicht automatisch Wirksamkeit erlangen, sondern zunächst umgesetzt (implementiert) werden müssen. Um dies zu verdeutlichen, unterschieden Almond/Powell zwischen *outputs* im Sinne der Produktion von Gesetzen und Verordnungen einerseits und *outcomes* im Sinne von tatsächlichen Ergebnissen und Folgen der politischen Entscheidungen andererseits.<sup>5</sup> Diese Thematik wurde seit den 1970er Jahren im Rahmen der *Politikfeldforschung* zu einem neuen Schwerpunkt der Politikwissenschaft, der auch zahlreiche vergleichend angelegte Studien hervorbrachte (vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Hans-Joachim Lauth und Peter Thiery in diesem Band).

Politikfeld- bzw.  
Policy-Forschung

Neben der vergleichenden *Policy-Forschung* rückten seit den 1980er Jahren auch die vernachlässigten *Institutionen* wieder stärker ins Blickfeld der Forschung, allerdings auf eine andere Art und Weise als zuvor (March/Olson 1984). Vom alten, vorwiegend an formalen Regelsystemen (Verfassungen, Gesetze) interessierten, historisch-deskriptiven Institutionalismus unterscheidet sich der *Neo-Institutionalismus* durch eine systematisch-empirische Herangehensweise. Er betrachtet Institutionen sowohl als *abhängige* als auch als *unabhängige* Variable. Zudem werden nicht nur formal-institutionelle Gesichtspunkte berücksichtigt, sondern auch *informelle* Aspekte der politischen Realität. Wichtige Impulse für die Erneuerung der institutionellen Politiktheorien gingen

Neo-Institutiona-  
lismus

<sup>5</sup> So kann beispielsweise ein Gesetz zum Ausstieg aus der Kernenergie als *output* bezeichnet werden. Wie schnell und umfassend der Verzicht auf Atomkraftwerke zur Energiegewinnung dann tatsächlich realisiert wird (*outcome*), unterscheidet sich erst im Verlauf der Implementierungsphase.



einerseits von organisationstheoretischen Arbeiten aus, andererseits von der politischen Ökonomie. Empirische Analysen der Leistungs- und Steuerungsfähigkeit politischer Institutionen im komplexen Wechselspiel gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse erfahren ebenso Aufmerksamkeit wie Untersuchungen zu Partizipation und Legitimation.

Definition Der von Douglass C. North (1992) verwendete Institutionenbegriff, der unter Institutionen die Spielregeln fasst, die das faktische Handeln leiten, erschließt neue Untersuchungsperspektiven. Er bietet Anknüpfungspunkte an soziologische, ethnologische und ökonomische Forschungen, die gleichfalls mit dem theoretischen und methodologischen Instrumentarium des Neo-Institutionalismus arbeiten. Dieser greift somit nicht nur das Anliegen der Interdisziplinarität auf, das die klassische Systemtheorie verfolgte, sondern realisiert in einem umfassenderen Sinne die Intention von Almond, die realen Strukturen – nun verstanden als Institutionen – zu analysieren, welche die beschriebenen Funktionen erfüllen. Allerdings – und dies sollte nicht verschwiegen werden – kontrastiert der angesprochene Institutionenbegriff mit der in der Politikwissenschaft gängigen Vorstellung von Institutionen als Organisationen (Parlamente, Parteien etc.), die North wiederum als Spieler (und nicht als Spielregeln) begreift. Die Aufnahme neo-institutionalistischer Ansätze in das Repertoire der Vergleichenden Politikwissenschaft erfordert somit eine präzise begriffliche Klärung, um inhaltliche Verwirrungen zu vermeiden. Die Erweiterung des Institutionenbegriffes auf den Bereich der Informalität hat signifikante Auswirkungen auf den Vergleich. Denn erst der Einbezug formaler und informeller Institutionen ermöglicht eine umfassende Analyse politischer Systeme (Lauth 2014; Bröchler/Lauth 2014).

## 2.2 Grundlagen des Vergleichs

---

Bei dieser historisch orientierten Einführung, die unterschiedliche Perspektiven der Vergleichenden Politikwissenschaft angesprochen hat, wird generell die Bedeutung von Begriffen wie Struktur, Funktion, politischer Prozess, Policy und Institutionen deutlich. Sie markieren zentrale Kategorien in der Strukturierung des Vergleiches. Ein weiteres Instrument hierzu sind Typenbildung und Typologien. Bevor diese näher betrachtet werden, stellen wir die zentrale Begrifflichkeit der vergleichenden Systemtheorie vor.

zentrale Begriffe  
der Systemtheorie

In Almonds Überlegungen spielen die Begriffe *Struktur* und *Funktion* eine wichtige Rolle (Almond 1960): Als *Struktur* bezeich-

net er regelmäßige und wahrnehmbare Handlungsformen bzw. Sätze von miteinander verbundenen *Rollen*. Er verdeutlicht dies an einem Beispiel: Während der Beruf des Richters eine Rolle ist, kann ein Gericht als Struktur bezeichnet werden. Diese Struktur umfasst die Gesamtheit aller an einem Gericht wahrgenommenen Rollen, vom Gerichtsdienstler über den Staatsanwalt bis hin zum Richter. Warum bleibt man nicht einfach bei den überkommenen Bezeichnungen *Institution* (für das Gericht) und *Amt* (für den Richter)? Almonds Erklärung lautet folgendermaßen: Während die Begriffe *Institution* und *Amt* auf normative Regeln verweisen, die das Verhalten von Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern leiten *sollen*, beziehen sich die Begriffe *Rolle* und *Struktur* auf das empirisch wahrnehmbare Verhalten dieser Individuen. Als *Funktion* bezeichnet man eine Aufgabe oder Leistung, die von einer bestimmten Struktur erbracht wird bzw. erbracht werden soll.

Alle politischen Systeme, egal wie sehr sie sich voneinander unterscheiden mögen, weisen nach Ansicht Almonds vier gemeinsame Charakteristika auf:

1. Alle politischen Systeme besitzen eine *politische Struktur*, d. h. sie verfügen über regelmäßige Handlungsformen, mittels derer die politische Ordnung aufrechterhalten werden soll. Die Strukturen können sich von Land zu Land stark unterscheiden, sie können mehr oder weniger formalisiert oder ausdifferenziert sein, aber es existiert kein Land, in dem es solche Strukturen nicht gibt.

2. Alle politischen Systeme üben die gleichen *Funktionen* aus. Almond geht in Anlehnung an Easton davon aus, dass das politische System nur eines von zahlreichen Subsystemen der Gesellschaft ist, von denen jedes spezifische Funktionen zu erfüllen hat.<sup>6</sup> Unterschieden werden Input- und Output-Funktionen. *Inputs* sind die Forderungen und Leistungserwartungen (*demands*), die aus der Umwelt an das politische System herangetragen werden, sowie die Unterstützung (*support*) der Bürgerinnen und Bürger für das politische System. *Outputs* sind diejenigen Handlungen, mit denen das politische System auf seine Umwelt einwirkt bzw. die Leistungen, die es für sie erbringt. Almond unterscheidet vier Input-Funktionen: a) Politische Sozialisation und Rekrutierung, b) Interessenartikulation c) Interessenaggregation, d) Politische Kommunikation

a) *Politische Sozialisation* bezeichnet den Prozess, durch den Individuen in die politische Kultur eines Landes eingeführt werden.

Gemeinsame Merkmale politischer Systeme

Universalität der politischen Struktur

Universalität der Input- und Output-Funktionen

<sup>6</sup> Neben dem politischen (Sub-)System gibt es beispielsweise ein ökonomisches und ein kulturelles Subsystem, mit denen das politische System durch *Inputs* und *Outputs* in einer wechselseitigen Austauschbeziehung steht.

Im Verlauf der Sozialisation entwickeln sich (beeinflusst z. B. durch Familie, Erziehung, Religion und Medien) die in einer Gesellschaft vorhandenen Grundeinstellungen gegenüber dem politischen System sowie die Einschätzungen bezüglich der eigenen politischen Rolle. *Politische Rekrutierung* meint die Einführung von Individuen in spezialisierte politische Rollen. Es geht etwa darum, ob und wie junge Menschen für parteipolitische Arbeit gewonnen werden können und wie eine Gesellschaft ihre Führungseliten hervorbringt.

b) *Interessenartikulation* bezieht sich darauf, ob und wie die in einer Gesellschaft vorherrschenden Bedürfnisse und Interessen im Rahmen des politischen Geschehens geäußert und für politische Entscheidungsprozesse wirksam werden können (z. B. durch Verbände und zivilgesellschaftliche Akteure).

c) *Interessenaggregation* bezeichnet die Bündelung einzelner (bereits artikulierter) gesellschaftlicher Interessen und deren Vermittlung gegenüber dem politischen System (z. B. durch politische Parteien). Sie soll verhindern, dass die Problemverarbeitungskapazitäten des politischen Systems durch eine zu große Anzahl von konträren Partikularinteressen überlastet werden.

d) *Politische Kommunikation* bezieht sich auf diejenigen Mechanismen, die der Übermittlung von Informationen aus dem Bereich der Gesellschaft an die politischen Entscheidungsträger und umgekehrt dienen (z. B. Mediensystem).

Als *Output-Funktionen* nennt Almond Regelsetzung, Regelanwendung und Regelauslegung. Diese entsprechen weitgehend denjenigen Aufgaben, die der Staat laut klassischer demokratietheoretischer Vorstellungen gewaltenteilig durch Legislative, Exekutive und Judikative zu übernehmen hat.

Almond geht davon aus, dass die genannten Funktionen nicht notwendigerweise überall mittels identischer Strukturen gemeistert werden. Die Aufgabe der Vergleichenden Politikwissenschaft bestehe darin herauszufinden, welche politischen Strukturen in unterschiedlichen politischen Systemen die jeweiligen Funktionen wahrnehmen (funktionale Äquivalente).

Multifunktionalität  
der politischen  
Strukturen

3. Alle politischen Strukturen sind *multifunktional*. Es existiert so gut wie nie ein genaues Entsprechungsverhältnis zwischen einer bestimmten Struktur und einer bestimmten Funktion. So dienen politische Parteien zwar in erster Linie der Interessenaggregation, sie können jedoch auch im Bereich der Interessenartikulation, bei der Regelsetzung oder bei der Regelanwendung eine Rolle spielen. „Moderne“ politische Systeme unterscheiden sich von „traditionellen“ Systemen dadurch, dass sie über ausdifferenziertere politische Strukturen verfügen.

4. Alle politischen Systeme sind durch einen *kulturellen Mischcharakter* gekennzeichnet, d. h. sie sind nie völlig traditionell oder völlig modern. Auch in „modernen“ politischen Systemen, die über ausdifferenzierte Strukturen wie Parlamente, Bürokratien und Parteien verfügen, kann „vormodernen“ bzw. „traditionellen“ Verhaltensmustern (z. B. Verwandtschaftsbeziehungen und Gefühlen) eine wichtige politische Bedeutung zukommen.

Kultureller  
Mischcharakter

### *Typenbildung und Typologien*

*Kategorien* – wie diejenigen der Systemtheorie – fungieren als Oberbegriffe, denen die Variablen zugeordnet werden. So können unterschiedliche Regierungssysteme den Oberbegriffen „Demokratie“ und „Diktatur“ zugeordnet werden. Oder die unterschiedlichen politischen Handlungsformen „Demonstration“, „Unterschriftensammlung“ und „Wahl“ lassen sich unter der Kategorie der „politischen Partizipation“ subsumieren. Die Variablen sind in diesen Beispielen stets eine Spezifikation einer Kategorie. Eine spezifische Form von Kategorien bilden Typen und Typologien. Unter einer Typologie wird die Zuordnung von mindestens zwei Merkmalen, die zwei oder mehr Ausprägungen aufweisen, auf eine spezifische Kombination der einzelnen Merkmalsausprägungen verstanden (Aarebrot/Bakka 1997: 62).<sup>7</sup> Ein Merkmal bzw. seine Ausprägung kann dabei direkt messbar sein (z. B. Anzahl der Herrschenden) oder benötigt eine weitere Operationalisierung mit entsprechenden Indikatoren (z. B. Qualität der Herrschaft).

Kategorien und  
Oberbegriffe

Typus und  
Typologie

Betrachten wir einige gängige Beispiele. Den Anfang typologischer Klassifikation finden wir bei Aristoteles, der – wie bereits erwähnt – anhand von zwei Merkmalen (Anzahl der Herrschenden und Qualität der Herrschaft) sowie unterschiedlichen Ausprägungen insgesamt sechs Herrschaftstypen unterschied (vgl. Abb. 2). Auf diesem Weg versuchte Aristoteles die Vielfalt der empirischen Befunde systematisch zu ordnen. Auch wenn sich diese Typologie in der Folgezeit als wirkungsträchtig erwies, ist die damit verbundene Problematik offenkundig: So macht es wenig Schwierigkeiten die Anzahl der Herrschenden zu bestimmen, doch über die angemessene Operationalisierung der Qualität der Herrschaft lässt sich trefflich streiten, wie etwa ein Blick auf die Debatte zu *Good Governance* zeigt.

Typen von  
Herrschaftsformen

<sup>7</sup> Liegt nur ein Merkmal mit verschiedenen Ausprägungen vor, dann wird im gängigen Sinne von einer Klassifikation gesprochen.

<i>Merkmal</i>	<i>Merkmalsausprägung</i>	<i>Qualität der Herrschaft</i>	
		<i>gut</i>	<i>schlecht</i>
<i>Anzahl der Herrschenden</i>	<i>Alleinherrschaft</i>	Monarchie	Tyrannie
	<i>Herrschaft der Wenigen</i>	Aristokratie	Oligarchie
	<i>Volksherrschaft (Herrschaft der Vielen)</i>	Politie	Demokratie bzw. Ochlokratie <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Im Sinne einer Herrschaft des „Pöbels“.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abb. 2: Sechs Typen von Herrschaftsformen nach Aristoteles

Typen des  
Wohlfahrtsstaates

Typen politischer  
Kultur

Weitere, aktuelle Beispiele zur Typenbildung finden sich in vielen Bereichen der Politikwissenschaft. In der Wohlfahrtsstaatsforschung hat sich der Typologievorschlag von Gøsta Esping-Andersen (1990, 1999) durchgesetzt, der drei „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ unterscheidet, um die Vielfalt wohlfahrtsstaatlicher Politik und sozialpolitischer Leitkonzeptionen zu reduzieren (siehe Siegel 2010). Zu nennen ist der *liberale Wohlfahrtsstaat* (z. B. USA) mit seinem Bestreben der Mindestsicherung und Armutsvermeidung, der *konservative* oder *korporatistische* Wohlfahrtsstaat (z. B. Deutschland), der die Sicherung des Einkommensstatus während der früheren Erwerbstätigkeit betont, sowie der *sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat* (z. B. Schweden), der eine möglichst umfassende Grundsicherung auf hohem Niveau anstrebt. Eine weitere folgenreiche Typologie wurde im Bereich der politischen Kulturforschung von Almond/Verba (1963) entwickelt. Beide Autoren unterscheiden drei Typen politischer Kultur (parochial, Untertanen, partizipativ) anhand von vier Merkmalen. Betrachtet werden dabei individuelle politische Orientierungen, die sich auf vier Objekte beziehen (Näheres hierzu vgl. Kap. 4.1). Anzutreffen sind Typologien gleichfalls in der Regierungssystem- und Regimeforschung. Hervorzuheben ist hier der wirkungs-

trächtige Klassifikationsvorschlag von Arend Lijphart (1999), der vier Typen von Regierungssystemen im Spannungsfeld zwischen Mehrheits- und Konsensdemokratie unterscheidet (vgl. Abb 3).

Typen von  
Regierungs-systemen

Merkmal		<i>föderal-unitarische-Dimension</i>	
		<i>majoritär (unitarisch)</i>	<i>konsensual (föderal)</i>
<i>Exekutive- Parteien- Dimension</i>	<i>majoritär</i>	unitarische Mehrheitsdemokratie	föderale Mehrheitsdemokratie
	<i>konsensual</i>	unitarische Konsensdemokratie	föderale Konsensdemokratie

Quelle: nach Lijphart 1999

Abb. 3: Vier Typen demokratischer Regierungssysteme nach Lijphart

In der Regimeforschung werden demokratische, autoritäre und totalitäre Regime als zentrale Typen unterschieden (Lauth 2010). Hier stoßen wir gleichfalls auf Subtypen wie direkte und repräsentative Demokratie oder Monarchie und Militärdiktatur. Auch diese Subtypenbildung dient dazu, die Komplexität der Realität zu reduzieren und die empirischen Befunde zu klassifizieren. Ein *regulärer* Subtypus wird dabei durch das Hinzufügen eines weiteren Merkmals gebildet, das an der Ausprägung der grundlegenden Merkmale des entsprechenden Haupttypus nichts ändert. Eine repräsentative Demokratie ist ebenso eine Demokratie wie eine direkte Demokratie. Dies ist anders im Falle einer *verminderten* Subtypenbildung. Hier sind die grundlegenden Merkmale des Haupttypus nicht ganz ausgeprägt; es wird somit kein neues Merkmal hinzugefügt. Notwendig ist die Festlegung von zwei Schwellenwerten, die zum einen eine Grenze zur befriedigenden Ausprägung eines Merkmals angeben und zum anderen aufzeigt, welche Merkmalsausprägung mindestens notwendig ist.

Typen und  
Subtypen von  
Regimen

Ein Beispiel für einen verminderten Subtypus bildet der Typus der „defekten“ bzw. „defizitären“ Demokratie (Merkel et al. 2003 und Lauth 2004). Ein zentrales Merkmal einer Demokratie sind freie und faire Wahlen. Ist dieses Kriterium nicht vollständig erfüllt, dann liegt eine defizitäre Demokratie vor. Die Schweiz vor

Defekte und  
defizitäre  
Demokratie

Einführung des Frauenwahlrechts ließe sich hier anführen. Es macht keinen Sinn von einer defizitären Demokratie zu sprechen, wenn das Wahlkriterium auch nicht annähernd erfüllt ist (z. B. im Südafrika der Apartheid).

Solche Klassifikationsmöglichkeiten sind dann notwendig, wenn der empirische Befund eine eindeutige Zuordnung zu einem Grundtypus nur mit Bedenken erlaubt oder eine weitergehende Ausdifferenzierung in Subtypen zu einer besseren Ordnung der Fälle beiträgt. So wandelten sich im Rahmen der dritten Welle der Demokratisierung zahlreiche autokratische Staaten zu Demokratien. Doch es wurde bald offensichtlich, dass sich die Funktionsweise von vielen jungen Demokratien von der der etablierten Demokratien unterschied. Dies lag im Wesentlichen nicht am institutionellen Design, sondern an der unterschiedlichen Qualität der Demokratien. Etliche charakteristische/definitorische Merkmale der Demokratie waren in den jungen Demokratien noch nicht umfassend ausgebildet – und somit defizitär.

Nutzen von Typologien  
Was ist nun der Vorteil des Einsatzes von Typologien beim Vergleich? Diese sind geeignet, die Komplexität der Realität stark zu reduzieren und eine Fülle von Informationen zu bündeln. So wissen wir bereits viel über ein Land x, wenn bekannt ist, dass dieses eine präsidentielle Demokratie mit einem liberalen Wohlfahrtsstaat ist. Typologien sind wichtig für den Vergleich, weil sie es erlauben, die empirischen Fälle zu ordnen und je nach Bedarf zu präzisieren (Typus, Subtypus). Typologien bilden somit eine wichtige Grundlage des Vergleichens.

### 3. Komparative Methodik und Area-Forschung

---

#### 3.1 Vergleichsdesigns und Analyseverfahren

---

Was ist ein Fall? Ausgangsbasis eines Vergleichs ist der Fall, der mit anderen Fällen verglichen wird. Doch was ist ein Fall? Bei einem Fall handelt es sich um einen räumlich und zeitlich abgegrenzten Untersuchungsgegenstand (Nohlen 1994: 511f.). In der Regel wird damit die Idee eines Nationalstaats oder eines Regierungssystems verbunden. Es ist aber auch möglich, Regionen oder Bundesländer innerhalb eines Staates oder mehrerer Staaten zu vergleichen. Ebenso lassen sich auf internationaler Ebene supranationale Gebilde vergleichen. Ein Fall kann sich auf eine längere Zeitperiode oder nur auf einen Zeitpunkt erstrecken. Gleichfalls können in einem Fall wenige oder viele Variablen einbezogen werden. Wenn

wir diese Überlegungen zusammenführen, dann wird deutlich, dass es wenig Sinn macht, einen Fall lediglich durch eine allgemeine Festlegung auf den Nationalstaat oder eine einzelne Beobachtung zu bestimmen. Es gibt nicht den Fall an sich. Was ein Fall ist, bleibt stets eine Frage seiner Konstruktion, die sich an der Forschungsfrage und am Kriterium der *Abgrenzbarkeit* zu orientieren hat. Peters (1998: 146) hebt diesen Sachverhalt deutlich hervor: „Ultimately, all cases must be constructed. [...] the case itself must still be socially constructed by the researcher. That scholar must decide what the boundaries are for the case, what the relevant questions are, and what the relevant evidence is.“ Je nachdem, welche Absicht mit einer vergleichenden Untersuchung verfolgt wird, kann das Objekt des Vergleichs unterschiedlich als Fall konzipiert werden.

Kriterien der  
Fallbestimmung

Ebenso wie die zeitliche und räumliche Dimension eines Falles stark divergieren kann, kann der Vergleich selbst Fälle innerhalb eines Zeitraumes behandeln (*synchroner* Vergleich oder Querschnittsuntersuchung) oder Fälle in unterschiedlichen Zeitspannen erfassen (*diachroner* Vergleich oder Längsschnittuntersuchung). Die Bestimmung eines Falls beinhaltet noch keine Aussage über die Größe der *Grundgesamtheit*. Diese bezieht sich auf die gesamte Vergleichsanlage und alle damit einbezogenen Fälle. Je nachdem unter welchen Aspekten die Grundgesamtheit ausgewählt wurde, ist zu prüfen, ob sich die Aussagekraft des Befundes über diese hinaus erstrecken kann (*externe inference*), sich also das Ergebnis der Untersuchung auf andere Fälle außerhalb der Grundgesamtheit übertragen lässt.

Grundgesamtheit

Vergleichen selbst bedeutet eine nachvollziehbare, systematische und auf geeigneten Methoden basierende Analyse, in der die ausgewählten Fälle in Beziehung gesetzt werden, um speziell die Zusammenhänge zwischen den relevanten Variablen zu untersuchen. Hierbei kann die Anzahl der Fälle variieren und es können unterschiedliche Analyseverfahren eingesetzt werden, die in gewissem Maße mit spezifischen Vergleichsdesigns korrespondieren. Unterscheiden lässt sich (1) eine Vergleichsanlage mit einer mittleren Fallzahl, die eine kontrollierte Versuchsanordnung erfordert, von (2) einer Vergleichsanlage mit vielen Fällen, die eine statistische Auswertung erlaubt.

Definition des  
Vergleichens

Betrachten wir zunächst die erste Möglichkeit, die oftmals als die eigentliche komparative Methode bezeichnet wird. Die Grundidee ist, Variablen derart zu kontrollieren, dass einzelne Kausalbeziehungen – also der ursächliche Zusammenhang von unabhängigen und abhängigen Variablen – gezielt isoliert und analysiert

Komparative  
Methode



Differenz- und  
Konkordanz-  
methode

werden können. Die methodischen Überlegungen gehen auf *John Stuart Mill* (1843) zurück, der mit der Entwicklung der Differenz- und der Konkordanzmethode einen großen Einfluss auf die Vergleichende Politikwissenschaft ausgeübt hat. Bei der *Differenzmethode* werden Fälle ausgewählt, in denen die abhängige Variable in sehr ähnlichen Kontexten variiert. Dagegen basiert die *Konkordanzmethode* auf der Ähnlichkeit der abhängigen Variablen und der Varianz der Fälle. Obwohl beide Methoden zu allererst Analyseverfahren sind, bedingen sie eine spezifische Auswahl der Fälle und damit das Falldesign.

Most similar  
cases design

Damit verbunden sind zwei Arten des Forschungsdesigns, die mit *most similar cases design* (MSCD) und *most dissimilar cases design* (MDCD) beschrieben werden. Das MSCD folgt hierbei der Logik der *Differenzmethode* nach Mill. Ausgewählt werden Fälle, in denen die abhängige Variable in sehr ähnlichen Kontexten variiert, also ein Phänomen (Ergebnis) vorliegt oder nicht existent ist. Gesucht wird die Ursache für die Differenz, wobei zwischen unabhängigen Variablen und Kontextbedingungen unterschieden wird. Die Ähnlichkeit des Kontextes respektive der Kontextfaktoren bedeutet, dass alle Faktoren, die nicht mit der Hypothese in enger Verbindung gesehen werden (und somit den allgemeinen Kontext oder die Randbedingungen bilden) weitgehend gleich sein sollen, um den Einfluss intervenierender (Dritt-)Variablen gering zu halten.

<i>Fall</i>	<i>unabhängige Variablen (x1 bis x4)</i>	<i>abhängige Variable</i>
Fall 1	Kontext A (x1, x2, x3, x4)	Ergebnis: y
Fall 2	Kontext A (x1, x3, x4)	Ergebnis: nicht y

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abb. 4: Most similar cases design und die Struktur der Differenzmethode

Der Grund des unterschiedlichen Ergebnisses (,y‘, ,nicht y‘) liegt in der Differenz der verursachenden Faktoren oder unabhängigen Variablen (,x2‘ und ,nicht x2‘), an denen sich die Hypothesenbildung oder Theoriebildung ausrichtet. In diesem Fall wäre die unabhängige Variable x2 eine notwendige Bedingung für die abhängige Variable y. Schwieriger gestaltet sich die Interpretation der anderen Variablen (x1, x3, x4). Auch diese könnten notwendi-

ge Bedingungen sein. Dies kann aber erst durch die Isolierung dieser Variablen unter Hinzuziehung weiterer entsprechend gestalteter Fälle überprüft werden. Die Differenz kann in einer Variablen oder in der Kombination von mehreren bestehen. Im zweiten Falle ist die Vergleichsanlage so zu wählen, dass der Einfluss der verschiedenen Variablen getrennt erfasst wird (Variablenisolierung).

Die andere von Mill vorgeschlagene Vorgehensweise ist die *Konkordanzmethode* (oder *method of agreement*), die auf der Ähnlichkeit der abhängigen Variablen beruht. Untersucht werden Fälle, die alle das gleiche zu erklärende Phänomen aufweisen (z. B. Demokratisierung oder Revolutionen). Hierbei sollen die Fälle sehr unterschiedlich sein. Die Grundidee besteht darin, dass es trotz der großen Unterschiedlichkeit der Fälle (MDCD) einen (oder wenige) gemeinsame Faktoren gibt, die dann als ursächlich im Sinne einer *hinreichenden* Bedingung für das Phänomen betrachtet werden. Im *most dissimilar cases design* wird somit versucht, unter möglichst differierenden Bedingungen die gleichgerichtete Wirksamkeit zwischen x und y festzustellen. Beispielsweise wird anhand verschiedener Transformationsstaaten Lateinamerikas, Asiens und Osteuropas untersucht, ob sich eine Beziehung zwischen wirtschaftlicher Prosperität (x) und Demokratisierung (y) feststellen lässt.

Most dissimilar cases design

<i>Fall</i>	<i>unabhängige Variablen</i> ( <i>x1, x2</i> )	<i>abhängige Variable</i>
Fall 1	Kontext A (x1, x2)	Ergebnis y
Fall 2	Kontext B (x1)	Ergebnis y
Prüffall 1	Kontext C (nicht x1)	Ergebnis: nicht y

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abb. 5: Most dissimilar cases design und die Struktur der Konkordanzmethode

Diese Strategie, die unabhängige Variable aufzuspüren, stößt jedoch rasch an Grenzen (Ragin 1987: 36-37; Peters 1998: 40). So ist die Idee, dass ein Phänomen nur eine Ursache haben soll, ebenso wenig überzeugend wie die Annahme, dass eine Ursache selbst in sehr unterschiedlichen Kontexten die gleiche Wirkung zeitigt. Darüber hinaus wird in dieser einfachen Form der For-

Grenzen der Differenz- und Konkordanzmethode

schungsanlage nicht getestet, inwieweit das Vorhandensein der Bedingung auch mit der Nicht-Existenz der unabhängigen Variablen einher gehen kann, da solche Fälle bei der Konkordanzmethode bereits in der Fallauswahl ausgeschlossen werden. Damit ist ein typischer *selection bias* gegeben; das Untersuchungsergebnis wird also signifikant durch die Fallauswahl bestimmt (Jahn 2013: 241; vgl. auch Kap. 3.3).<sup>8</sup> Ein weiteres Problem, das auch für die Differenzmethode zutrifft, besteht in der dichotomen Ausprägung der Variablen. Diese „Entweder-Oder“-Position ist den graduellen Befunden der Empirie oftmals nicht angemessen. Dies gilt auch für die Weiterführung der Methode auf der Grundlage der booleschen dichotomen Logik (Wahrheitstafeln) durch Charles Ragin (1987) im Rahmen der von ihm verfolgten qualitativen komparativen Analyse (QCA). Erst die Weiterentwicklung dieses Ansatzes durch die Fuzzy-Set-Analyse (Ragin 2000) überwindet diese Problematik im Wesentlichen (Schneider/Wagemann 2007).

QCA und  
Fuzzy-Set

Statistische  
Vergleichsanalyse

Diese Schwierigkeit besteht in den statistisch angelegten Vergleichen vieler Fälle nicht, die nicht auf die Analyse strenger kausalen Bedingungen abzielen, sondern die Wahrscheinlichkeit der Zusammenhänge testen. Dies kann mit makrobasierten Methoden der Datenauswertung (Aggregatdatenanalyse) oder auf mikrobasierten Verfahren der Datenanalyse (Surveyforschung) geschehen. Möglich ist auch eine Kombination der beiden Analyseebenen. Wir gehen auf diese Verfahren an dieser Stelle nicht näher ein, da diese im Beitrag von Christian Welzel in diesem Band behandelt werden (siehe Lauth/Pickel/Pickel 2015: Kap. 4 und 5).

Einzelfallstudien  
in der  
Vergleichenden  
Politikwissen-  
schaft

Bleibt am Ende dieses Abschnitts noch eine Frage zu klären: Gehören Einzelfallstudien überhaupt zur Vergleichenden Politikwissenschaft? Immerhin findet sich in vielen vergleichenden politikwissenschaftlichen Zeitschriften eine Reihe von solchen *case studies*. Der große Vorbehalt, diese Frage zu bejahen, liegt in dem Umstand begründet, dass viele Fallstudien ohne systematische Analyse und ohne theoretische Fundierung erfolgen. Damit können sie zwar die empirischen Kenntnisse über die untersuchten Länder/Staaten vermehren, jedoch nicht zum wissenschaftlichen

<sup>8</sup> Um dieses Problem zu reduzieren, muss zumindest auch dieser negative Test unternommen werden, um zu prüfen, inwieweit die identifizierte unabhängige Variable nicht auch mit der Nicht-Existenz der abhängigen Variablen (also im Falle der Systemwechselforschung: Demokratisierung *und* keine Demokratisierung) zusammenfällt (vgl. Prüffall in Abb. 5). Erforderlich ist somit auch eine Varianz bei der abhängigen Variablen.

Erkenntnisgewinn beitragen. Es ist allerdings möglich, auch Fallstudien theoriegeleitet und mit angemessenen Methoden durchzuführen. Beides ist entscheidend für die Aufnahme von Fallstudien in das Feld der Vergleichenden Politikwissenschaft. Ein zentraler Fokus liegt dabei in der Begründung der Auswahl des Falles. Wofür steht er, was soll mit ihm getestet werden, was kann er für die komparative Forschung insgesamt beitragen? Ob eine Einzelfallstudie zum Bereich der Vergleichenden Politikwissenschaft gezählt werden kann, hängt letztendlich also davon ab, ob sie einen *comparative merit* aufweist. Dieser komparative Verdienst kann je nach Typ der Fallstudie in unterschiedlichen Formen erfolgen (Muno 2008).

## Area-Forschung

### 3.2

Wenn wir in der Differenzmethode auf die Ähnlichkeit des Kontexts verweisen, dann geraten Area- bzw. Regionalstudien (*area studies*) in den Blick des Interesses. Diese werden letztlich durch einen spezifischen räumlichen Fokus definiert, der sich auf eine Region bezieht, von der angenommen wird, dass diese in Unterscheidung zu anderen Regionen gemeinsame, nur sie charakterisierende Merkmale besitzt (z. B. Skandinavien, Lateinamerika, Nah-Ost, Südasiens). Als Ziel solcher Forschung wurde zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der damit gegebenen Länder verstanden. Dies betrifft nicht nur die politischen Verhältnisse, sondern auch wirtschaftliche, geographische, historische, soziale und kulturelle. Entsprechend setzen sich Forschungsgruppen aus Vertretern unterschiedlicher Disziplinen zusammen, die aufgrund ihrer fachspezifischen Ausbildung mehr oder weniger gut zusammenarbeiten können.

Regionalstudien  
und Region

*Area-Studien* wurden lange Zeit nicht als vollwertiges Mitglied der Vergleichenden Politikwissenschaft verstanden. Dies erscheint überraschend, da viele Standardwerke in diesem Bereich solch einer regionalen Anlage folgten. Doch wurde der damit gegebene methodische Area-Ansatz nicht explizit diskutiert. Zugleich gab es eine Reihe von Area-Studien, die ideographisch-deskriptiv angelegt waren. Damit haben sie zwar die Kenntnisse über die entsprechenden Regionen vermehrt, ohne aber von komparativen Methoden Gebrauch zu machen und damit den Erkenntnisgewinn zu steigern. Dabei können beide Bereiche im Sinne von *Comparative Area Studies* methodisch fruchtbar verbunden werden (Basedau/Köllner 2007).

Area-Studien in  
der Politikwissen-  
schaft

comparative area  
studies

Methodischer  
Einsatz

Diese fruchtbare Verbindung lässt sich hinsichtlich der Vergleichsanlage verdeutlichen. Wie bereits angesprochen besteht eine spezifische Problematik des Forschungsweges der Differenzmethode in der angemessenen *Konstruktion des Kontextes*. Wann ist dieser gleich? Generell muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass *jede Annahme der Gleichheit und der zeitlichen Konstanz eine Illusion ist*. Jeder Fall ist verschieden, wenn man ihn in all seinen Facetten betrachtet. Dies gilt insbesondere, wenn wir die kulturellen Eigenheiten beachten, die den Vergleich vor besondere Anforderungen stellt (van de Vijver 2001). Doch wir können von diesen Differenzen abstrahieren, wenn die Gemeinsamkeiten betont werden, die sich auf typologischer Ebene feststellen lassen. Die Auswahl der jeweiligen Typologie ist ausschlaggebend für den Feinheitsgrad des Designs (z. B. alle Demokratien, alle parlamentarischen Demokratien, alle Mehrparteiensysteme, alle Drei-Parteiensysteme etc.). Zu beachten gilt, dass die mit der typologischen Konstruktion einhergehenden Informationsverluste nicht für die theoretische Bestimmung relevant sind, da ansonsten wichtige Bestimmungsfaktoren eliminiert werden. Um dem Erfordernis möglichst ähnlicher Kontextfaktoren Rechnung zu tragen, werden oftmals geographisch nahe liegende Länder ausgewählt (z. B. die skandinavischen, westeuropäischen oder südamerikanischen Länder). Solche Regionen haben oftmals eine ähnliche sozio-ökonomische Entwicklung und ein korrespondierendes Entwicklungsniveau; sie sind gekennzeichnet von einer gemeinsamen Vergangenheit, haben verwandte kulturelle Muster und auch politische Strukturen und Verhaltensdispositionen. Das Forschungsdesign der ähnlichen Fälle begründet somit die Relevanz der Area-Studien.<sup>9</sup>

Gemeinsame  
Merkmale von  
Regionen

Einsatz für die  
Theoriebildung

Mainwaring/Pérez-Liñán (2004) haben die Bedeutung von Area-Studien für die Theoriebildung unterstrichen: Grundlegende Annahme ist, dass Regionen (trotz der Unterschiedlichkeit der damit gegebenen Einzelfälle) oftmals gemeinsame Strukturen und Dynamiken aufweisen, die sie von anderen Regionen unterscheiden. Large-N-Untersuchungen, die mehrere Regionen umfassen, sind wenig in der Lage diese Trends zu erkennen und eine angepasste Theorie mittlerer Reichweite zu formulieren.<sup>10</sup> Doch

<sup>9</sup> Die Bedeutung regionaler Forschungsanlage führt bisweilen dazu, diese als eigenen Typus des Vergleichens anzuführen; so Peters (1998: 18f.) in der Form von *regional statistical analyses*.

<sup>10</sup> Dies bedeutet nicht, dass damit diese Theorien stets nur für eine Area gelten müssen. Z. B. war die Krisensequenztheorie ursprünglich mit Blick auf die Entwicklungsländer formuliert worden (Binder et al. 1971): Sie beschrieb typische Krisen, mit denen sich politische Systeme im Verlauf ihrer Entwicklung

gerade solche kontextangemessenen Theorien sind in den Sozialwissenschaften zu erwarten: „All generalizations are bounded by geographic or historical contexts. Regional specificities are not the only way to bound generalizations in social science, but because regions are large parts of the world with distinctive dynamics and intra-regional influences, delimiting some generalizations by regions is a useful research strategy“ (Mainwaring/Pérez-Liñán 2004: 4). Diese Forschungsstrategie kann durch den komparativen Area-Vergleich noch weiter optimiert werden (Berg-Schlosser 2012).

Angesprochen wurde bislang die methodische und theoretische Relevanz von Area-Studien. Es lassen sich allerdings noch weitere Vorzüge anführen, die politikwissenschaftliche und politische Relevanz besitzen. So stellt sich gerade im Zuge der Globalisierung die Frage, ob es zu einer Anpassung der politischen Formen und Einstellungen kommt oder gerade in dem Versuch der Abwehr solcher Konformität die Unterschiedlichkeit und Eigenart der einzelnen politischen Einheiten betont werden. Für die Beantwortung solcher Fragen ist politikwissenschaftliche Regionalexpertise gefragt, die auch offen ist für soziale und kulturelle Zusammenhänge. Solche Kenntnisse werden auch hinsichtlich vorhandener Krisen- und Konfliktsituationen benötigt. Dies bezieht sich nicht nur auf terroristische Kontexte, sondern auf zahlreiche Staatenbildungsprozesse, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wieder an Bedeutung gewonnen haben, wie allein schon ein Blick auf die Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR verdeutlichen kann. In all diesen Fällen geht es zunächst um eine differenzierte Lageeinschätzung, die erhebliche Länder- und Sachkenntnisse sowie Kontextsensibilität benötigt.

Ein vertieftes politikwissenschaftliches Verständnis der Dynamik und Stabilitätsbedrohungen erfordert aber darüber hinaus den oben angesprochenen theoretischen und methodischen Zugriff, der auch genügend Distanz und kritische Reflexion ermöglicht. Beides ist notwendig, um eine weitere Funktion wahrnehmen zu können, auf die Manfred Mols (2002) hinweist. Es geht um die zentrale Aufgabe der Übersetzung, die auf einer gesicherten Fremd- und Eigenwahrnehmung beruht. Was heißt das konkret? Wenn z. B. zu sehen ist, wie rasch es bereits im deutsch-

Bedeutung  
politikwissen-  
schaftlicher  
Regionalexpertise

Zentrale Aufgabe:  
Übersetzung

---

konfrontiert sehen, und schlug Strategien zur Krisenüberwindung vor. Dieser theoretische Ansatz wurde einige Jahre später auch als Grundlage für eine empirische Untersuchung der politischen Entwicklung in den USA und 13 europäischen Ländern herangezogen.

Adressaten der Übersetzung

amerikanischen Verhältnis zu Irritationen kommen kann, weil scheinbar ähnliche Sachverhalte unterschiedlich interpretiert werden, ist es leicht nachzuvollziehen, wie schwierig die Verständigung in Regionen ist, deren Kultur sich noch viel stärker von der eigenen unterscheidet. Die Übersetzungsaufgabe hat dabei drei Adressaten: Sie zielt zunächst auf politische Akteure, die in der interkulturellen Kommunikation entsprechender Beratung bedürfen und die in der Regel durch entsprechende Think Tanks gegeben wird (z. B. das in Hamburg ansässige Geman Institute of Global and Area Studies, GIGA, oder die Berliner Stiftung für Wissenschaft und Politik, SWP). Ein weiterer Adressat ist die Öffentlichkeit, die mittels Publikationen (z. B. auch in Tageszeitungen oder Magazinen) und durch Auftritte in den Medien erreicht werden kann. Schließlich und in seiner Bedeutung nicht zuletzt ist die Politikwissenschaft selbst zu nennen. Nur ein entsprechend sachkompetentes und kontextsensibles Vorgehen ermöglicht eine angemessene Interpretation der gesammelten wissenschaftlichen Daten, deren sterile Auswertung ansonsten in Gefahr läuft irrealer Ergebnisse zu produzieren.

Kontextsensibilität

Wie an den Ausführungen leicht zu ersehen ist, sind Area-Studien auch weiterhin notwendig, ja sie werden in einer globalen und komplexen Welt zu einer unverzichtbaren Grundlage der Vergleichenden Politikwissenschaft. Allerdings – und dies ist gleichermaßen zu betonen – schöpfen sie ihr Potential nur dann aus, wenn sie angemessen theoretisch und methodisch ausgewiesen sind und mithin den Standards der Vergleichenden Politikwissenschaft folgen. Dann können Area-Studien auch in der Lage sein, einen wichtigen Beitrag zur Überwindung des sog. *travelling problem* zu liefern, das sich bei der Übertragung von in einem bestimmten Kontext entwickelten Begriffen, Typologien, Indikatoren usw. auf eine kulturell anders geprägte Region immer wieder stellt.

---

## 5. Bilanz und Perspektiven

---

Die Vergleichende Politikwissenschaft beschäftigt sich heute mit allen Aspekten der politischen Realität. Sie beschränkt sich weder auf eine reine Institutionenbetrachtung, wie dies die klassische Vergleichende Regierungslehre tat, noch auf die Analyse der Inputs (frühe Vergleichende politische Systemforschung) oder Outputs (frühe Politikfeldforschung) des politischen Systems. Viele neuere Arbeiten sind darum bemüht, gerade das Zusammenspiel von *polity*, *politics* und *policy* in unterschiedlichen Ländern aus vergleichender Perspektive zu analysieren. Das Governance-Konzept beispielsweise bildet einen aktuellen Vorschlag zur Strukturierung der Analyse politischer Prozesse, die sich im weiteren Sinne auf die Steuerung und Koordination verbindlicher Regelungen beziehen (Benz et al. 2007).

Die zunehmende Institutionalisierung internationaler Forschungsverbände, Netzwerke und Datenpools erleichtert die Durchführung größerer länderübergreifender Forschungsprojekte. Sie führen Wissenschaftler mit unterschiedlichen theoretischen, thematischen und regionalen Schwerpunkten zusammen und können dazu beitragen, trotz einer weiter zunehmenden innerwissenschaftlichen Arbeitsteilung und Spezialisierung die gemeinsamen Kernfragen der Politikwissenschaft nicht ganz aus den Augen zu verlieren.

Die gegenwärtige Situation der Teildisziplin unterscheidet sich von der Neuorientierung nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in drei Aspekten:

a) Die in den 1950er und 1960er Jahren proklamierte Suche nach einer allgemeinen Theorie des politischen Verhaltens ist weitgehend aufgegeben worden. Rückblickend haben sich Theorieansätze, die mit einem globalen Erklärungsanspruch auftraten, größtenteils als Fehlschläge erwiesen. Dies gilt für modernisierungs- und dependenztheoretische Ansätze genauso wie für Totalitarismus- oder Konvergenztheorien. Der Trend geht seit längerem zu Theorien mittlerer Reichweite, d. h. zu Erklärungsansätzen, die jeweils auf eine begrenzte Anzahl von Variablen und Fällen anwendbar sind und sich oftmals auf ähnliche Kontexte beziehen (vgl. Area-Studien). Derartige Theorien und die auf ihrer Grundlage angefertigten empirischen Studien sind weniger abstrakt und gleichzeitig bescheidener in ihrem Erklärungsanspruch.

b) Damals neue Begriffe wie *politisches System*, *inputs* oder *outputs* gehören heute zum Standardvokabular der Vergleichenden Politikwissenschaft. Die grundsätzliche Diskussion über Vor- und



Nachteile systemtheoretischer Konzepte ist seit Anfang der 1970er Jahre weitgehend abgeflaut. Gleichzeitig erlebten ältere Begriffe wie *Staat* oder *Institutionen* sowie die auf ihnen basierenden Theorietraditionen eine Renaissance.

c) Das im Zuge von empirischen Forschungsarbeiten angesammelte Wissen über die politischen Systeme der ganzen Welt hat in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen. Dies gilt nicht nur für die politischen Systeme westlicher Industrieländer, sondern auch für asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder. Allerdings wächst auch der Bedarf an „neuen“ Informationen, so dass längst nicht alles entdeckt ist, zumal sich je nach konzeptionellem Zugriff die Perspektiven auf die Realität verändern.

Wie nun wird die zukünftige Entwicklung der Teildisziplin aussehen?<sup>14</sup> Wir haben bereits auf die Veränderungen hingewiesen, die sich durch die Globalisierungsprozesse, Denationalisierung und internationale bzw. regionale Integration (EU, ITO etc.) ergeben. Damit verändert sich nicht nur ständig der Untersuchungsgegenstand der Vergleichenden Politikwissenschaft, sondern es ist auch notwendig, die Forschungsmethoden adäquat auszurichten. Nicht ohne Grund hat die Beschäftigung mit der komparativen Methode in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Raum zugenommen. Dabei geht es nicht nur um die Verbreitung der notwendigen methodischen Kenntnisse, sondern auch darum, angemessene und neue Antworten auf die zu beobachtenden Veränderungen zu finden. Es gibt dabei nicht nur *das eine* richtige methodische Verfahren, sondern es geht um die Angemessenheit des Lösungswegs. Gefordert sind auch Weiterentwicklungen auf theoretischem Gebiet, bildet dies doch die Ausgangsbasis für Prognosen oder zumindest für handlungsanleitende Aussagen. Diese werden in einer zunehmend komplexeren Welt auch aus dem Bereich der Politik angefragt. Schließlich ist es angebracht, sich über die normativen Grundlagen und Implikationen der komparativen Forschung zu verständigen, in der auch das Potential für eine Verbesserung der festgestellten Mängel in der realen Politik aufscheint.

---

<sup>14</sup> Diese Frage wurde in der ersten Nummer der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP 1/2007) umfassend diskutiert. Aktuell werden in Heft 4/2017 Entwicklungen und aktuelle Trends der Vergleichenden Politikwissenschaft behandelt sowie ein Überblick über grundlegende Werke der Vergleichenden Politikwissenschaft gegeben.

### Annotierte Auswahlbibliografie

Lauth, Hans-Joachim/Kneuer, Marianne/Pickel, Gert (Hrsg.) (2016): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden.

Das Handbuch *Vergleichende Politikwissenschaft* stellt – erstmals im deutschsprachigen Raum – Beiträge zu den wichtigsten Aspekten der Vergleichenden Politikwissenschaft zusammen. Mit über sechzig Beiträgen wird ein umfassender Überblick zur Entwicklung und aktuellen Situation dieser Teildisziplin gegeben.

Jahn, Detlef (2013): *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*, 2. Aufl., Wiesbaden.

Der Band bietet einen umfassenden Überblick über die Vergleichende Politikwissenschaft und eine intensive Auseinandersetzung mit vergleichenden Methoden und Vergleichsdesigns; zur Einführung und weiterführendem Studium geeignet.

Landman, Todd (2008): *Issues and Methods in Comparative Politics: An Introduction*, 3. Aufl., London/New York.

Landman klärt grundsätzliche methodische Fragen des Vergleichs und berücksichtigt dabei sowohl die besonderen Möglichkeiten als auch die Grenzen der vergleichenden Vorgehensweise. Darüber hinaus gibt er an einer durchgängigen Systematik orientiert einen problemorientierten Überblick über zentrale Forschungsbereiche der *Comparative Politics*.

Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.) (2010): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*, 3. Aufl., Wiesbaden.

In 17 Beiträgen gibt das Buch einen Überblick über die methodischen und theoretischen Grundlagen, zentrale Begriffe und Konzepte, Probleme und Perspektiven der Teildisziplin. Der Aufbau orientiert sich systematisch an den drei Dimensionen des Politikbegriffs (*polity, policy, politics*), durch ein ausführliches Stichwortverzeichnis lassen sich sowohl die klassischen als auch neuere Ansätze leicht erschließen.

Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2015): *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft*, 2. Aufl., Wiesbaden.

Dieser Band bietet eine umfassende Einführung in die Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft. Behandelt werden quantitative und qualitative Methoden, Grundlagen und Forschungsdesigns des Vergleichs.

### Weiterführende Literatur

Almond, Gabriel A./Powell, G. Bingham (1996): *Comparative Politics. A Theoretical Framework*, 2. Aufl., New York.

Almond, Gabriel A. (1960): *Introduction: A Functional Approach to Comparative Politics*, in: Almond, Gabriel A./Coleman, James S. (Hrsg.): *The Politics of the Developing Areas*, Princeton, S. 3-64.

Almond, Gabriel A./Powell, G./Dalton, Russel J. et al. (Hrsg.) (2015): *Comparative Politics Today. A World View*, 11. Aufl., Boston u.a.

Almond, Gabriel A./Coleman, James S. (Hrsg.) (1960): *The Politics of the Developing Areas*, Princeton.

- Almond, Gabriel A./Powell, G. Bingham (1966): *Comparative Politics: A Developmental Approach*, Boston.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1996): *Comparative Politics. A theoretical Framework*, 2. Aufl., New York.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1980): *The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*, Boston.
- Barrios, Harald/Stefes, Christoph H. (Hrsg.)(2006): *Einführung in die Comparative Politics*, München.
- Basedau, Matthias/Köllner, Patrick (2007): *Area Studies, Comparative Area Studies, and the Study of Politics: Context, Substance, and Methodological Challenges*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft ZfVP* 1 (1), S. 105-124.
- Benz, Arthur (2006): *Policy-making and accountability in EU multilevel governance*, in: Benz, Arthur/Papadopolous, Ioannis (Hrsg.): *Governance and Democracy – Comparing National, European and Transnational Experiences*, London, S. 99-114.
- Benz, Arthur et al. (Hrsg.)(2012): *Handbuch Governance*, 2. Aufl. Wiesbaden.
- Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.)(2007): *Democratization. The State of the Art*, 2. Aufl. Wiesbaden.
- Berg-Schlosser, Dirk (2012): *Comparative Area Studies – goldener Mittelweg zwischen Regionalstudien und universalistischen Ansätzen*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft ZfVP* 6 (1), S. 1-12.
- Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.) (2003): *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*, 4. Aufl., Opladen.
- Beyme, Klaus von (1970): *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München (Neuaufgabe 1999: *Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789-1999*, Opladen).
- Beyme, Klaus von (2010): *Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden.
- Binder, Leonard et al. (1971): *Crises and Sequences in Political Development*, Princeton.
- Bröchler, Stephan; Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.)(2014): *Von Government zu Governance: Informales Regieren im Vergleich*, Sonderheft 4 der *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft ZfVP*, Wiesbaden.
- Caramani, Daniele (Hrsg.) (2017): *Comparative Politics*, 4. Auflage, Oxford.
- Chilcote, Ronald H. (1994): *Theories of Comparative Politics. The Search for a Paradigm Reconsidered*, 2. Aufl., Boulder.
- Daalder, Hans (Hrsg.) (1997): *Comparative European Politics. The Story of a Profession*, London/New York.
- Diamond, Larry (1999): *Developing Democracy. Toward Consolidation*, Baltimore.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge/Oxford.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford.

- Hague, Rod/Harrop, Martin/McCormick, John (2016): *Comparative Government and Politics. An Introduction*, 10. Aufl., Basingstoke/New York.
- Helms, Ludger/Jun, Uwe (Hrsg.) (2004): *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*, Frankfurt a. M./New York.
- Huntington, Samuel (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman/London.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2010): *Die politischen Systeme Osteuropas*, 3. Aufl., Opladen.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2009): *Die politischen Systeme Westeuropas*, 4. Aufl., Opladen.
- Jahn, Detlef (2007): Was ist Vergleichende Politikwissenschaft? Standpunkte und Kontroversen, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft ZfVP 1 (1)*, S. 9-27.
- Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.) (2003): *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Opladen.
- Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (2013): Autokratien im Vergleich, in: *Politische Vierteljahresschrift PVS Sonderheft 47*, Baden-Baden.
- Kaiser, André/Zittel, Thomas (Hrsg.) (2004): *Demokratiethorie und Demokratieentwicklung*, Wiesbaden.
- Keman, Hans (Hrsg.) (2002): *Comparative Democratic Politics. A Guide to Contemporary Theory and Research*, London.
- Kersting, Norbert/Cronqvist, Lasse (Hrsg.) (2005): *Democratization and Political Culture in Comparative Perspective*, Wiesbaden.
- Knodt, Michèle/Stoiber, Michael (2007): Vergleichende Politikwissenschaft im Kontext der Mehrebenenanalyse, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft ZfVP 1 (1)*, S. 80-104.
- Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang; Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2014): *Handbuch der Transformationsforschung*, Wiesbaden.
- Kriesi, Hanspeter (2007): *Vergleichende Politikwissenschaft. Teil 1: Grundlagen*, Baden-Baden.
- Kriesi, Hanspeter (2008): *Vergleichende Politikwissenschaft. Teil 2: Institutionen und Länderbeispiele*, Baden-Baden.
- Kropp, Sabine/Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.) (2007): *Gewaltenteilung und Demokratie. Konzepte und Probleme der „Horizontal Accountability“ im interregionalen Vergleich*, Baden-Baden.
- Kropp, Sabine/Minkenber, Michael (Hrsg.) (2005): *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden.
- Kunz, Volker (2010): Vergleichende Sozialkapitalforschung, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 373-396.

- Lauth, Hans-Joachim (2004): Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden.
- Lauth, Hans-Joachim (2010): Regimetypen: Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 95-117.
- Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert (2008): Diffusion der Demokratie – Transfer eines erfolgreichen Modells?, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): Externe Faktoren bei Demokratisierung, Baden-Baden, S. 37-73.
- Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christoph (2010): Gegenstand, grundlegende Kategorien und Forschungsfragen der „Vergleichenden Regierungslehre“, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 17-39.
- Lauth, Hans-Joachim/Winkler, Jürgen (2010): Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 39-73.
- Lauth, Hans-Joachim (2014): Politische Systeme im Vergleich. Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess, München.
- Lijphart, Arend (1984): Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries, New Haven/London.
- Lijphart, Arend (1999): Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven/London.
- Loewenstein, Karl (1957): Political Power and the Governmental Process, Chicago (deutsch: Verfassungslehre, Tübingen 1959).
- Macridis, Roy C. (1955): The Study of Comparative Government, New York.
- Mainwaring, Cott/Pérez-Liñán, Aníbal (2004): Regional Effects and Region-wide Diffusion of Democracy: Why Regions of the World are Important in Comparative Politics, APSA-Paper.
- March, James/Olsen, Johan P. (1984): The New Institutionalism. Organizational Factors in Political Life, in: American Political Science Review 78 (3), S. 734-749.
- Merkel, Wolfgang et al. (2003): Defekte Demokratie, Opladen.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Opladen.
- Mols, Manfred (2002): Was sind und zu welchem Ende betreiben wir Regionalwissenschaften?, in: WeltTrends 37, S. 95-105.
- Muno, Wolfgang (2009): Fallstudien und die vergleichende Methode, in: Pickel, Susanne et al. (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden, S. 113-131.
- Newton, Kenneth/Van Deth, Jan W. (2016): Foundations of Comparative Politics Democracies of the modern World, 3. Aufl., Cambridge.
- Nohlen, Dieter (1994): Vergleichende Methode, in: Kriz, Jürgen/Nohlen, Dieter (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden (Lexikon der Politik Bd. 2), München, S. 507-517.

- North, Douglass C. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen (engl. Orig. 1990).
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.) (1986): Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy, Baltimore/London.
- Peters, Guy B. (1998): Comparative Politics. Theory and Methods, New York.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): Vergleichende politische Kultur- und Demokratieforschung, Wiesbaden.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Lauth, Hans-Joachim/Jahn, Detlef (Hrsg.) (2009): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden.
- Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge.
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work, Princeton.
- Ragin, Charles C. (1987): The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies, Berkeley.
- Ragin, Charles C. (2000): Fuzzy-Set Social Science, Chicago.
- Schmid, Josef (2010): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, 3. Aufl., Opladen.
- Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung, 5., Aufl., Wiesbaden.
- Schneider, Carsten Q./Wagemann, Claudius (2007): Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets. Ein Lehrbuch für Anwender und jene die es werden wollen, Opladen.
- Siegel, Nico/Jochem, Sven (2010): Sozialpolitik, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 329-349.
- Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan (2008) (Hrsg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Styckow, Petra (2007): Vergleich politischer Systeme, Paderborn.
- Tsebelis, George (2002): Veto Players: How Political Institutions Work, Princeton.
- Van de Vijver, Fons (2001): Cross-cultural Research Methods, in: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, S. 2999-3003.
- Wagschal, Uwe/Wenzelburger, Georg/Jäckle, Sebastian (2015): Vergleichende Politikwissenschaft: Institutionen - Akteure - Policies, Stuttgart